



HESSISCHER LANDTAG

25. 09. 2023

Kleine Anfrage

Dr. Frank Grobe (AfD), Gerhard Schenk (AfD), Klaus Herrmann, (AfD) und Dirk Gaw (AfD) vom 28.03.2023

Straftaten zum Nachteil von Mitgliedern von Parteien

und

Antwort

Minister des Innern und für Sport

Vorbemerkung Fragesteller:

Immer wieder ist den Medien zu entnehmen, dass die Anzahl der Angriffe auf Politiker ständig steigt. Der letzte bekannte Fall ist die Beschädigung von mehr als zehn PKW im Rahmen eines Landesparteitages der Alternative für Deutschland Hessen am 25./26.02.2023 in Melsungen. Noch während des Landesparteitages wurden die PKW-Kennzeichen mit Nennung von Hersteller, Modell und Farbe des PKW frei zugänglich im Internet veröffentlicht. Ebenso wurde auch der Name des Besitzers des Veranstaltungsortes genannt. Die veröffentlichte Plattform „de.indymedia.org“ wird im „Verfassungsschutz in Hessen – Bericht 2021“ als links-extrem eingestuft und bei mehreren Fällen im Bereich „Outings, Drohschreiben und Demonstrationen“ mit dem Aufruf zu „gewalttätigen Aktionen“ aufgeführt. Nach Art. 4 Abs. 1 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) werden unter anderem Kfz-Kennzeichen als sog. personenbezogene Daten eingestuft und dürfen ohne Zustimmung der betroffenen Person nicht veröffentlicht werden.

Vorbemerkung Minister des Innern und für Sport:

Die Landesregierung lehnt jedwede Form von Angriffen auf Parteien und ihre Mitglieder ab. Die Sorgen und Ängste von Amts- und/oder Mandatsträgern, Parteimitgliedern und Parteipräsidenten nimmt die Landesregierung sehr ernst. Daher wird sich die Landesregierung weiterhin dafür einsetzen, dass Angriffe und Straftaten gegen Amts- und/oder Mandatsträger verhindert und aufgeklärt werden.

Die hessischen Sicherheitsbehörden arbeiten jeden Tag mit Hochdruck und erfolgreich daran, die öffentliche Sicherheit und Ordnung im Land zu gewährleisten und Straftätern, aber auch der wachsenden Anzahl von Extremisten entschieden entgegenzutreten.

Die Datengrundlage für die Beantwortung der Fragen betreffend Straftaten bildet der Kriminalpolizeiliche Meldedienst in Fällen politisch motivierter Kriminalität (KPM-D-PMK). Durch diesen werden die von den hessischen Polizeipräsidenten an das HLKA übermittelten Straftaten erfasst, die aus einer politischen Motivation heraus begangen wurden. Ausgehend von den Motiven zur Tatbegehung und/oder den Tatumständen werden politisch motivierte Taten entsprechenden Themenfeldern und Unterthemen bzw. Angriffszielen und Unterangriffszielen zugeordnet sowie die erkennbaren ideologischen Hintergründe und Ursachen der Tatbegehung in einem staatschutzrelevanten Phänomenbereich abgebildet.

Grundsätzlich werden die Straftaten eines jeden Jahres gemäß bundeseinheitlicher Festlegung zum 31. Januar des Folgejahres abschließend erhoben, bewertet und durch die beteiligten Behörden zur Veröffentlichung freigegeben.

Anders als bei der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) werden politisch motivierte Straftaten grundsätzlich bereits am Beginn des Verfahrens zugeordnet (so genannte Eingangsstatistik).

Straftaten gegen Amtsträger und Mandatsträger werden durch den mit Wirkung vom 1. Januar 2019 eingeführten bundesweiten Angriffszielkatalog als jeweiliges Unterangriffsziel zum Oberangriffsziel „Staat“ erfasst.

Für das Jahr 2022 ist ein deutlicher Rückgang der für Hessen erfassten Straftaten gegen Amts- und/oder Mandatsträger zu verzeichnen, sodass diese sowohl unter das Niveau des Jahres 2021 als auch 2020 gesunken sind.

Fallzahlen KPMD-PMK „Amts- und/oder Mandatsträger“	2022	2021	2020
Straftaten	190	319	218

Am häufigsten wurden die folgenden Delikte registriert:

- gegen Personen des politischen Lebens gerichtete Beleidigung, üble Nachrede und Verleumdung gemäß § 188 StGB, (55 Fälle),
- Beleidigung gemäß § 185 StGB, (36 Fälle),
- Bedrohung gemäß § 241 StGB, (19 Fälle),
- Nötigung gemäß § 240 StGB, (17 Fälle),
- Belohnung und Billigung von Straftaten gemäß § 140 StGB, (16 Fälle),
- Sachbeschädigung gemäß § 303 StGB, (9 Fälle),
- Verleumdung gemäß § 187 StGB, (8 Fälle),
- Volksverhetzung gemäß § 130 StGB, (7 Fälle),
- Öffentliche Aufforderung zu Straftaten gemäß § 111 StGB, (5 Fälle) sowie
- Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen gemäß § 86a StGB, (5 Fälle).

Zur weiteren Ausdifferenzierung der Unterangriffsziele Amts- und Mandatsträger werden in Hessen seit dem Jahr 2021 auch die zuvor als Teilmenge in diesen Unterangriffszielen enthaltenen Straftaten gegen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker zentral beim HLKA erfasst und ausgewertet. So wurden für das Jahr 2022 für Hessen insgesamt 22 Fälle (2021: 83 Fälle) registriert, die sich gegen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker richteten. Davon wurden 20 Fälle (2021: 75 Fälle) gemäß den bundesweit einheitlichen Vorgaben als politisch motivierte Kriminalität bewertet.

„Parteimitglieder“ und „Parteirepräsentanten“ werden ebenfalls als Unterangriffsziele des im Jahr 2019 eingeführten Angriffszielkataloges des KPMD-PMK erfasst.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit dem Minister der Justiz wie folgt:

Frage 1. Wie viele Angriffe auf Mitglieder von Parteien, Parteien und Parteigebäude wurden in Hessen registriert? Bitte auflisten nach Partei, Tatbestand, Ermittlungsergebnis sowie Monat und Jahr und Zuordnung zur politischen Motivation seit 2020.

Frage 2. Bezugnehmend auf Frage 1: Bei welchen Fällen konnten Täter ermittelt werden?

Die Fragen 1 und 2 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Als Erhebungsgrundlage wurde das Angriffsziel „Partei“ mit den dazugehörigen Unterangriffszielen „Parteirepräsentant/Parteimitglied“ und/oder „Parteigebäude/Parteiinrichtung“ gewählt.

Im Jahr 2020 wurden folgende Parteimitglieder/Parteigebäude angegriffen:

CDU (11), SPD (6), Die Grünen (16), FDP (4), Die Linke (2), AfD (21), ÖkoLinX (3), CSU (1) und NPD (3).

Im Jahr 2021 wurden folgende Parteimitglieder/Parteigebäude angegriffen:

CDU (85), SPD (17), Die Grünen (20), FDP (1), Die Linke (10), AfD (34), Freie Wählergemeinschaft Kelsterbach (2), CSU (2), parteilos (1), WSH – Wir sind Hanau (1), BFF – Bürger für Frankfurt (1), UKW – Unabhängige Knüllwälder (1), Die Basis (1), unbekannt (1), NPD (2), Volt (1) und Team Todenhöfer – Die Gerechtigkeitspartei (1).

Im Jahr 2022 wurden folgende Parteimitglieder/Parteigebäude angegriffen:

CDU (4), SPD (10), Die Grünen (27), Die Linke (5), AfD (17) und Bündnis C – Christen für Deutschland (1).

Die Auflistung hinsichtlich der Tatbestände, Tatzeit, politische Motivation und Fallaufklärung ist der Anlage 1 zu entnehmen.

Frage 3. Bezugnehmend auf Frage 2: Wie viele der ermittelten Täter wurden rechtskräftig verurteilt? Bitte auflisten nach Tatbestand und Urteil seit 2020.

Eine statistische Erfassung im Sinne der Fragestellung findet nicht statt. Eine händische Auswertung sämtlicher Vorgänge wäre in dem zur Beantwortung der Kleinen Anfrage vorgegebenen Zeitrahmen nur mit unverhältnismäßigem Aufwand leistbar.

Frage 4. Welche Maßnahmen will die Landesregierung ergreifen, um Mitglieder von Parteien vor Angriffen auf sich oder deren Eigentum besser zu schützen?

Frage 6. Welche Maßnahmen will die Landesregierung ergreifen, um Parteimitglieder eine gefahrlose Teilnahme, ohne Angst vor Angriffen oder Sachbeschädigungen, zu gewährleisten?

Die Fragen 4 und 6 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die hessische Polizei ist im Rahmen des polizeilichen Gefährdungslagenmanagements (GLM) zum Umgang mit allen Vorkommnissen zum Nachteil von Amts- und/oder Mandatsträgern sowie sonstigen politischen Akteuren professionell aufgestellt. Die Bewertung von etwaigen Sachverhalten erfolgt regelmäßig durch Expertinnen und Experten in den Polizeipräsidien und dem HLKA. Das Zentrum für polizeipsychologische Dienste (ZPD) und das Landesamt für Verfassungsschutz Hessen (LfV Hessen) werden regelmäßig beteiligt. Basierend auf den Ergebnissen werden individuelle passgenaue Maßnahmen zum Schutz und zur Gefahrenabwehr von Personen und Sachen initiiert und umgesetzt. Diese reichen von unmittelbaren ggfls. abgestuften Personen- oder Objektschutzmaßnahmen über verhaltensorientierte und sicherungstechnische Beratung. In jedem Fall ist eine zeitnahe polizeiliche Kontaktaufnahme der Betroffenen sichergestellt. Kommunale Funktionsträger, wie z. B. Bürgermeister, werden seitens der örtlich zuständigen Behördenleitung kontaktiert. Dadurch werden bestehende Maßnahmen optimiert und das Bewusstsein für Gefahrensituationen gerade kommunaler Funktionsträger geschärft.

Zu den weiteren Maßnahmen zählen insbesondere die am 16. Januar 2020 im HMdIS im Cyber-CompetenceCenter eingerichtete zentrale Meldestelle „Hessen gegen Hetze“ sowie das allgemeine Beratungsangebot des Demokratiezentrum Hessen an der Philipps-Universität Marburg.

Die Landesregierung ist bestrebt, die bestehenden Maßnahmen fortzusetzen, fortwährend zu evaluieren und erforderlichenfalls zu optimieren, um insbesondere Mitglieder von Parteien vor Angriffen auf sich oder deren Eigentum zu schützen.

Frage 5. Nach heutigem Stand (21. März 2023) sind die o. g. personenbezogenen Daten (Kfz-Kennzeichen der Teilnehmer des Landesparteitages) immer noch auf de.indymedia.org veröffentlicht. Welche Maßnahmen will die Landesregierung ergreifen, um diese schnellstmöglich zu entfernen und einen besseren Schutz der personenbezogenen Daten einzelner Personen zu gewährleisten?

Nach polizeilichen Ermittlungen konnten die Kennzeichen weiterhin (Stand: 17. August 2023) auf der Seite de.indymedia.org festgestellt werden. Durch die zuständige Dienststelle wurde eine Strafanzeige gefertigt und der Staatsanwaltschaft zur Prüfung übermittelt. Eine Löschung der entsprechenden Einträge wird weiterhin bei der zuständigen Stelle beim BKA geprüft. Ungeachtet dessen steht die Landesregierung für die Einhaltung von Recht und Gesetz. Hierzu wird die Landesregierung auch bestehende Präventionsmaßnahmen fortsetzen und erforderlichenfalls intensivieren. Soweit es zu Rechtsbrüchen kommen sollte, wird sich die Landesregierung, wie auch bisher, für die Aufklärung, Ahndung und Behebung rechtswidriger Zustände einsetzen.

Frage 7. Sind der Landesregierung Drohungen, Angriffe o. ä. gegen Besitzer von Veranstaltungsorten von Parteitag oder -veranstaltungen in Hessen bekannt? Bitte auflisten nach Ort, Tatbestand, Ermittlungsergebnisse sowie Monat und Jahr seit 2020.

Aufgrund fehlender Erfassungs- und Rechercheparameter kann hierzu keine Aussage getroffen werden.

Frage 8. Teilt die Landesregierung die Auffassung des Landesamts für Verfassungsschutz Hessen, wonach die Plattform de.indymedia.org als linksextrem einzustufen ist? Bitte begründen.

Um die eigene Wahrnehmbarkeit zu erhöhen, nutzen Linksextremisten nach dem Verbot von linksunten.indymedia 2017 verstärkt die Internetplattform „de.indymedia.org.“. Laut dem Verfassungsschutzbericht des Bundes (2022) ist die linksextremistische Internetplattform „de.indymedia“ das derzeit wichtigste Informations- und Propagandamedium für die linksextremistische Szene im deutschsprachigen Raum. Ziel dieser linksextremistischen Internetplattform ist die Etablierung einer „freien Gegenöffentlichkeit“ frei von staatlicher Kontrolle. Die Plattform funktioniert nach dem Prinzip des „Open-Posting“: Alle Nutzenden haben die Möglichkeit, über ein Eingabeformular Beiträge anonym und ohne den Zwang zur Registrierung, in Echtzeit und ohne vorherige Kontrolle der Inhalte zu veröffentlichen.

Auf „de.indymedia“ erscheint eine Vielzahl von Beiträgen, die einen Bezug zu linksextremistischer Gewalt und Straftaten haben oder selbst strafrechtlich relevant sind. Zudem werden regelmäßig Selbstbeichtigungsschreiben veröffentlicht und immer wieder tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten „geoutet“; im Nachgang hat dies Straftaten zu deren Nachteil zur Folge. Auch wird die Internetseite für Mobilisierungen von Veranstaltungen bzw. Demonstrationen genutzt.

Bei der Internetseite „de.indymedia.org“ handelt es sich um keine hessische Seite. Eine Abschaltung der Internetplattform würde von der Landesregierung begrüßt werden. Die Zuständigkeit für ein Verbot und die Abschaltung der Internetseite „de.indymedia.org“ liegt jedoch beim Bundesministerium des Inneren und für Heimat.

Frage 9. Auf der Internetseite des Hessischen Innenministeriums ist zu lesen, dass der „Kampf gegen Rechtsextremismus“ höchste Priorität hat. Welche Gefahr stellt der Linksextremismus nach Ansicht der Landesregierung für Hessen dar? Bitte begründen.

Auch wenn dem Kampf gegen Rechtsextremismus höchste Priorität hat, gehen die hessischen Sicherheitsbehörden im Rahmen des gesetzlichen Auftrages auch gegen die anderen extremistischen Phänomenbereiche (Islamismus, Linksextremismus, Extremismus mit Auslandsbezug) sowie die Organisierte Kriminalität und Spionageabwehr entschieden und erfolgreich vor. Die Priorisierung ergibt sich aus tatsächlichen Gefahrenlagen oder konkreten Gefahrenhinweisen für Hessen und die Bundesrepublik Deutschland.

Frage 10. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung im Kampf gegen Linksextremismus ergriffen? Bitte monatlich auflisten seit 2015 mit Angabe der Maßnahme, finanzieller Aufwendung und Verbreitungsgebiet.

Die Landesregierung hat zahlreiche Maßnahmen im Kampf gegen Linksextremismus ergriffen. Diese umfassen sowohl Maßnahmen, welche sich allgemein gegen jede Form des Extremismus richten, als auch solche Maßnahmen, welche sich konkret gegen Linksextremismus richten. Zu nennen sind beispielsweise:

Phänomenübergreifende Maßnahmen

Die Landesregierung ergreift Maßnahmen, um jedwede Form des Extremismus zu bekämpfen.

Hessische Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE)

Das im HMdIS im Jahr 2013 eingerichtete HKE koordiniert ressort- und phänomenübergreifend die Präventionsarbeit in Hessen. Es vernetzt und koordiniert die landesweiten präventiven Aktivitäten für Demokratie und Toleranz und gegen verfassungsfeindliche Bestrebungen.

Über das durch das HKE administrierte Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ werden Präventionsmaßnahmen in allen Phänomenbereichen finanziell mit derzeit jährlich rund 11 Mio. € (inklusive Bundesmittel) gefördert.

Folgende Präventionsprojekte (aus Mitteln des Landesprogramms gefördert) richten sich im Schwerpunkt ihrer Tätigkeiten gegen Linksextremismus:

- „Aufgeklärt statt Autonom! Hessische Aufklärungskampagne zur Prävention von Linksextremismus für die Schulen“: gefördert vom 1. September 2018 bis 31. Dezember 2019, bewilligte Gesamtzusendung bis zu 163.281,15 €, Verbreitungsgebiet: hessenweit;
- „Das Gegenteil von gut – Antisemitismus in der Linken“: gefördert vom 1. August 2017 bis 31. Dezember 2019, bewilligte Gesamtzusendung des Landes Hessen bis zu 97.500,00 € (als Ko-Finanzierung zur Bundesförderung), Verbreitungsgebiet: hessenweit

Darüber hinaus werden derzeit weitere Projekte wie etwa die Fachstellen für Demokratieförderung und phänomenübergreifende Extremismusprävention (DEXT) im Rahmen des o. g. Landesprogramms gefördert. Diese befassen sich mit der Prävention von allen Formen des Extremismus und somit auch mit dem Linksextremismus.

Landesamt für Verfassungsschutz Hessen (LfV Hessen)

Zudem bietet das LfV Hessen im Rahmen seiner Präventionsarbeit zu sämtlichen extremistischen Phänomenbereichen Fortbildungen an, bei denen es über Ideologiemerkmale, Erscheinungsformen, (Verschwörungs-) Narrative, Strategien sowie Anhaltspunkte für Radikalisierung informiert. Die Inhalte werden dabei stets an den aktuellen Entwicklungen und Dynamiken in den verschiedenen Phänomenbereichen ausgerichtet. Der Linksextremismus wird in eigenen Veranstaltungen thematisiert. Allein im zurückliegenden Jahr (2022) haben insgesamt 28 entsprechender Veranstaltungen stattgefunden.

Darüber hinaus spielte das Thema Linksextremismus immer wieder auch in phänomenübergreifenden Veranstaltungen eine Rolle.

Bezüglich der Finanzen wurde keine eigene Erhebung gemacht, da die Präventionsveranstaltungen von Landesbediensteten im Rahmen ihrer dienstlichen Aufgaben durchgeführt werden. Mit Blick auf das „Verbreitungsgebiet“ wurden die Bedarfsträger abgebildet. Veranstaltungen finden grundsätzlich in ganz Hessen statt.

Eine Auflistung der Veranstaltungen der Jahre 2015 bis 2022 ist der Anlage 2 zu entnehmen.

Staatliche Meldestelle

Als Teil des Aktionsprogramms #HESSENGEGENHETZE gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Hass im Internet richtete die Landesregierung am 16.01.2020 die staatliche Meldestelle HessenGegenHetze ein. Bürgerinnen und Bürger, Kommunen, Behörden sowie zahlreiche weitere Stellen können sich an die Meldestelle wenden, wenn sie von Hate Speech betroffen sind oder hassgeladene Äußerungen im Internet entdecken. Ebenso können extremistische Äußerungen oder Aktivitäten aller Phänomenbereiche – auch anonym gemeldet werden. Unter Zugrundelegung der Personalkostentabellen für die Kostenberechnung in der Verwaltung (StAnz. 25/2022 S. 706) belaufen sich die Gesamtkosten der Meldestelle auf 931.980 € pro Jahr.

Wiesbaden, 13. September 2023

Peter Beuth

Anlagen

Kleine Anfrage 20/10854

Anlage 1

Lfd. Nr.	Monat / Jahr	Delikt (§§ StGB)	Partei	Phänomenbereich PMK	Geklärt Fall
1	01.2020	240 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	X
2	01.2020	303 StGB	SPD	nicht zuzuordnen	-
3	.01.2020	86a StGB	CDU	rechts	-
4	01.2020	303 StGB	AfD	links	-
5	02.2020	187 StGB	AfD	links	-
6	02.2020	241 StGB	AfD	nicht zuzuordnen	X
7	02.2020	223 StGB	AfD	nicht zuzuordnen	X
8	02.2020	185 StGB	FDP	nicht zuzuordnen	X
9	02.2020	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
10	02.2020	303 StGB	AfD	links	-
11	02.2020	185 StGB	AfD	links	-
12	03.2020	303 StGB	AfD	links	-
13	03.2020	303 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	nicht zuzuordnen	-
14	03.2020	185 StGB	Die Linke	nicht zuzuordnen	-
15	03.2020	185 StGB	ÖkoLinX	nicht zuzuordnen	-
16	03.2020	185 StGB	ÖkoLinX	nicht zuzuordnen	-
17	03.2020	185 StGB	ÖkoLinX	nicht zuzuordnen	-
18	03.2020	303 StGB	AfD	links	-
19	03.2020	185 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	nicht zuzuordnen	-
20	03.2020	185 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	nicht zuzuordnen	-
21	04.2020	303 StGB	SPD	links	-
22	04.2020	185 StGB	FDP	nicht zuzuordnen	X
23	04.2020	303 StGB	FDP	nicht zuzuordnen	-
24	04.2020	303 StGB	AfD	nicht zuzuordnen	-
25	04.2020	188 StGB	SPD	nicht zuzuordnen	-
26	04.2020	130 StGB	SPD	nicht zuzuordnen	-
27	05.2020	185 StGB	CSU	nicht zuzuordnen	X
28	05.2020	303 StGB	AfD	links	-
29	05.2020	241 StGB	SPD	nicht zuzuordnen	X
30	05.2020	303 StGB	AfD	links	-
31	06.2020	241 StGB	SPD	rechts	-
32	06.2020	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
33	06.2020	240 StGB	AfD	links	X
34	06.2020	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	X
35	07.2020	185 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	nicht zuzuordnen	-
36	07.2020	185 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	nicht zuzuordnen	-
37	07.2020	241 StGB	Die Linke	rechts	-
38	07.2020	188 StGB	AfD	links	-
39	07.2020	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
40	07.2020	211 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-

Lfd. Nr.	Monat / Jahr	Delikt (§§ StGB)	Partei	Phänomenbereich PMK	Geklärt Fall
41	08.2020	303 StGB	AfD	links	-
42	08.2020	186 StGB	NPD	links	-
43	08.2020	185 StGB	AfD	links	-
44	08.2020	240 StGB	CDU	links	-
45	08.2020	241 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	X
46	08.2020	240 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	links	-
47	08.2020	303 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	links	-
48	08.2020	303 StGB	NPD	links	-
49	08.2020	303 StGB	NPD	links	-
50	08.2020	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
51	09.2020	224 StGB	AfD	nicht zuzuordnen	X
52	09.2020	303 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	links	-
53	09.2020	303 StGB	CDU	links	-
54	09.2020	303 StGB	AfD	links	-
55	10.2020	303 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	links	-
56	10.2020	303 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	links	-
57	10.2020	303 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	links	-
58	10.2020	187 StGB	FDP	nicht zuzuordnen	-
59	11.2020	223 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	links	-
60	11.2020	303 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	links	-
61	11.2020	185 StGB	AfD	links	X
62	11.2020	241 StGB	AfD	links	-
63	11.2020	185 StGB	AfD	nicht zuzuordnen	X
64	11.2020	303 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	links	-
65	12.2020	303 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	nicht zuzuordnen	-
66	12.2020	241 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	rechts	-
67	12.2020	241 StGB	AfD	links	-

Lfd. Nr.	Monat / Jahr	Delikt (§§ StGB)	Partei	Phänomenbereich PMK	Geklärt Fall
1	01.2021	303 StGB	AfD	links	-
2	.01.2021	123 StGB	SPD	nicht zuzuordnen	-
3	01.2021	241 StGB	AfD	links	-
4	01.2021	187 StGB	AfD	links	-
5	01.2021	130 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	rechts	-
6	01.2021	241 StGB	SPD	nicht zuzuordnen	X
7	01.2021	185 StGB	AfD	links	-
8	01.2021	303 StGB	AfD	links	-
9	01.2021	185 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	nicht zuzuordnen	X
10	02.2021	185 StGB	CDU SPD Bündnis 90/Die Grünen	nicht zuzuordnen	-
11	02.2021	86a StGB	Die Linke	rechts	-
12	02.2021	240 StGB	Freie Wählergemeinschaft Kelsterbach	nicht zuzuordnen	X
13	02.2021	185 StGB	AfD	nicht zuzuordnen	X
14	02.2021	111 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	nicht zuzuordnen	-
15	02.2021	111 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	nicht zuzuordnen	-
16	02.2021	188 StGB	AfD	nicht zuzuordnen	-
17	02.2021	130 StGB	Die Linke	rechts	X
18	02.2021	303 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
19	02.2021	188 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
20	02.2021	130 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	rechts	-
21	02.2021	303 StGB	Freie Wählergemeinschaft Kelsterbach	nicht zuzuordnen	-
22	02.2021	130 StGB	Die Linke	rechts	X
23	02.2021	130 StGB	Die Linke	rechts	X
24	02.2021	185 StGB	SPD	rechts	X
25	02.2021	188 StGB	AfD	nicht zuzuordnen	X
26	02.2021	130 StGB	Die Linke	rechts	X
27	02.2021	185 StGB	SPD	nicht zuzuordnen	-
28	02.2021	188 StGB	AfD	links	-
29	02.2021	185 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	nicht zuzuordnen	X
30	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
31	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
32	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
33	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
34	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
35	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
36	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
37	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
38	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
39	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-

Lfd. Nr.	Monat / Jahr	Delikt (§§ StGB)	Partei	Phänomenbereich PMK	Geklärt Fall
40	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
41	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
42	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
43	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
44	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
45	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
46	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
47	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
48	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
49	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
50	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
51	.02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
52	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
53	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
54	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
55	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
56	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
57	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
58	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
59	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
60	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
61	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
62	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
63	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
64	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
65	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
66	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
67	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
68	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
69	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
70	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
71	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
72	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
73	02.2021	188 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
74	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
75	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
76	02.2021	241 StGB	Die Linke	ausländische Ideologie	-
77	02.2021	185 StGB	SPD	nicht zuzuordnen	X
78	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
79	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
80	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
81	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
82	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
83	02.2021	123 StGB	SPD	nicht zuzuordnen	-

Lfd. Nr.	Monat / Jahr	Delikt (§§ StGB)	Partei	Phänomenbereich PMK	Geklärt Fall
84	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
85	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
86	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
87	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
88	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
89	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
90	02.2021	123 StGB	SPD	nicht zuzuordnen	-
91	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
92	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
93	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
94	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
95	02.2021	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
96	02.2021	188 StGB	CSU	nicht zuzuordnen	X
97	02.2021	185 StGB	AfD	nicht zuzuordnen	-
98	03.2021	303 StGB	FDP	nicht zuzuordnen	-
99	03.2021	188 StGB	AfD	nicht zuzuordnen	X
100	03.2021	185 StGB	parteilos	nicht zuzuordnen	-
101	03.2021	240 StGB	SPD	nicht zuzuordnen	-
102	03.2021	242 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
103	03.2021	111 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	rechts	-
104	03.2021	303 StGB	Bündnis 90/Die Grünen Die Linke SPD	links	-
105	03.2021	241 StGB	WSH (Wir sind Hanau)	nicht zuzuordnen	-
106	03.2021	188 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
107	03.2021	185 StGB	AfD	nicht zuzuordnen	-
108	03.2021	86a StGB	BFF (Bürger für Frankfurt)	links	-
109	03.2021	303 StGB	AfD	links	-
110	03.2021	187 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	X
111	03.2021	303 StGB	CDU	links	-
112	03.2021	185 StGB	AfD	nicht zuzuordnen	-
113	03.2021	223 StGB	AfD	nicht zuzuordnen	-
114	03.2021	188 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
115	03.2021	185 StGB	UKW (Unabhängige Knüllwälder)	nicht zuzuordnen	X
116	03.2021	185 StGB	SPD	rechts	X
117	03.2021	241 StGB	CDU CSU	nicht zuzuordnen	-
118	04.2021	241 StGB	SPD	nicht zuzuordnen	-
119	04.2021	185 StGB	AfD	links	X
120	04.2021	185 StGB	AfD	nicht zuzuordnen	X
121	05.2021	187 StGB	AfD	links	-
122	05.2021	187 StGB	AfD	links	-
123	05.2021	303 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
124	05.2021	111 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	nicht zuzuordnen	X

Lfd. Nr.	Monat / Jahr	Delikt (§§ StGB)	Partei	Phänomenbereich PMK	Geklärt Fall
125	05.2021	241 StGB	Die Basis	nicht zuzuordnen	-
126	05.2021	241 StGB	SPD	rechts	-
127	05.2021	303 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	nicht zuzuordnen	X
128	05.2021	130 StGB	unbekannt	rechts	-
129	05.2021	303 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	nicht zuzuordnen	X
130	05.2021	185 StGB	AfD	links	-
131	05.2021	188 StGB	NPD	nicht zuzuordnen	X
132	06.2021	188 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	rechts	X
133	06.2021	240 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	X
134	06.2021	185 StGB	AfD	nicht zuzuordnen	X
135	07.2021	303 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	nicht zuzuordnen	-
136	07.2021	188 StGB	AfD	nicht zuzuordnen	-
137	07.2021	315b StGB	AfD	nicht zuzuordnen	-
138	07.2021	241 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	X
139	08.2021	185 StGB	SPD	nicht zuzuordnen	X
140	08.2021	303 StGB	SPD	nicht zuzuordnen	-
141	08.2021	303 StGB	SPD	nicht zuzuordnen	-
142	08.2021	303 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	nicht zuzuordnen	-
143	08.2021	223 StGB	AfD	links	X
144	08.2021	241 StGB	Die Linke	rechts	X
145	08.2021	185 StGB	AfD	nicht zuzuordnen	X
146	08.2021	185 StGB	AfD	nicht zuzuordnen	X
147	09.2021	241 StGB	Die Linke	nicht zuzuordnen	-
148	09.2021	185 StGB	Volt	nicht zuzuordnen	X
149	09.2021	303 StGB	SPD	nicht zuzuordnen	-
150	09.2021	223 StGB	AfD	nicht zuzuordnen	X
151	09.2021	GewSchG	Bündnis 90/Die Grünen	nicht zuzuordnen	X
152	09.2021	185 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	nicht zuzuordnen	-
153	09.2021	185 StGB	NPD	links	-
154	09.2021	185 StGB	AfD	nicht zuzuordnen	X
155	09.2021	240 StGB	Team Todenhöfer - Die Gerechtigkeitspartei	nicht zuzuordnen	-
156	09.2021	185 StGB	AfD	nicht zuzuordnen	X
157	09.2021	303 StGB	AfD	links	-
158	09.2021	303 StGB	AfD	links	-
159	10.2021	223 StGB	AfD	links	X
160	10.2021	192a StGB	Bündnis 90/Die Grünen	rechts	-
161	10.2021	185 StGB	Die Linke	rechts	X
162	10.2021	185 StGB	CDU	ausländische Ideologie	-
163	10.2021	185 StGB	CDU	ausländische Ideologie	-
164	10.2021	185 StGB	CDU	ausländische Ideologie	-

Lfd. Nr.	Monat / Jahr	Delikt (§§ StGB)	Partei	Phänomenbereich PMK	Geklärt Fall
165	10.2021	185 StGB	CDU	ausländische Ideologie	-
166	10.2021	185 StGB	CDU	ausländische Ideologie	-
167	10.2021	185 StGB	CDU	ausländische Ideologie	-
168	10.2021	185 StGB	CDU	ausländische Ideologie	-
169	10.2021	185 StGB	CDU	ausländische Ideologie	-
170	10.2021	185 StGB	CDU	ausländische Ideologie	-
171	10.2021	185 StGB	CDU	ausländische Ideologie	-
172	10.2021	188 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	nicht zuzuordnen	-
173	11.2021	188 StGB	AfD	links	-
174	11.2021	188 StGB	AfD	links	-
175	11.2021	303 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	nicht zuzuordnen	-
176	12.2021	303 StGB	CDU	links	-

Lfd. Nr.	Monat /Jahr	Delikt (§§ StGB)	Partei	Phänomenbereich PMK	Geklärt Fall
1	01.2022	241 StGB	AfD	nicht zuzuordnen	X
2	01.2022	185 StGB	Die Linke	rechts	-
3	01.2022	303 StGB	AfD	links	-
4	02.2022	188 StGB	AfD	nicht zuzuordnen	X
5	02.2022	185 StGB	AfD	nicht zuzuordnen	X
6	02.2022	241 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	nicht zuzuordnen	-
7	02.2022	184 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	nicht zuzuordnen	-
8	03.2022	241 StGB	SPD	nicht zuzuordnen	X
9	03.2022	241 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	nicht zuzuordnen	X
10	03.2022	185 StGB	AfD	nicht zuzuordnen	X
11	04.2022	303 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	nicht zuzuordnen	X
12	04.2022	303 StGB	SPD	rechts	-
13	04.2022	130 StGB	SPD	rechts	-
14	04.2022	303 StGB	Die Linke	nicht zuzuordnen	-
15	04.2022	187 StGB	Die Linke	nicht zuzuordnen	X
16	04.2022	185 StGB	AfD	nicht zuzuordnen	-
17	04.2022	185 StGB	Bündnis C - Christen für Deutschland	nicht zuzuordnen	-
18	05.2022	188 StGB	SPD	nicht zuzuordnen	-
19	05.2022	185 StGB	SPD	nicht zuzuordnen	-
20	05.2022	185 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	nicht zuzuordnen	-
21	06.2022	188 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	rechts	-
22	06.2022	224 StGB	AfD	nicht zuzuordnen	X
23	06.2022	187 StGB	CDU	links	-
24	07.2022	86a StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
25	07.2022	188 StGB	SPD	nicht zuzuordnen	-
26	07.2022	241 StGB	AfD	links	-
27	07.2022	140 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	nicht zuzuordnen	-
28	07.2022	188 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	nicht zuzuordnen	-
29	08.2022	241 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	nicht zuzuordnen	X
30	08.2022	188 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	nicht zuzuordnen	-
31	08.2022	188 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	nicht zuzuordnen	-
32	08.2022	185 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	nicht zuzuordnen	X
33	08.2022	86a StGB	Bündnis 90/Die Grünen	nicht zuzuordnen	-
34	09.2022	188 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	nicht zuzuordnen	X
35	09.2022	303 StGB	SPD	nicht zuzuordnen	-
36	09.2022	188 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	rechts	-
37	09.2022	241 StGB	SPD	nicht zuzuordnen	X
38	09.2022	303 StGB	CDU	links	-
39	09.2022	303 StGB	AfD	nicht zuzuordnen	-
40	09.2022	188 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	nicht zuzuordnen	X
41	09.2022	303 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	nicht zuzuordnen	-
42	09.2022	303 StGB	AfD	nicht zuzuordnen	-

Lfd. Nr.	Monat /Jahr	Delikt (§§ StGB)	Partei	Phänomenbereich PMK	Geklärt Fall
43	09.2022	188 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	nicht zuzuordnen	-
44	09.2022	140 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	nicht zuzuordnen	-
45	09.2022	185 StGB	AfD	nicht zuzuordnen	X
46	09.2022	303 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	nicht zuzuordnen	-
47	10.2022	140 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	nicht zuzuordnen	-
48	10.2022	188 StGB	Die Linke	nicht zuzuordnen	X
49	10.2022	185 StGB	Die Linke	nicht zuzuordnen	X
50	10.2022	86a StGB	Bündnis 90/Die Grünen	nicht zuzuordnen	-
51	10.2022	303 StGB	AfD	links	-
52	10.2022	303 StGB	AfD	links	-
53	10.2022	188 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	nicht zuzuordnen	-
54	10.2022	188 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	rechts	-
55	11.2022	303 StGB	AfD	links	-
56	11.2022	303 StGB	AfD	links	-
57	11.2022	188 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	rechts	-
58	11.2022	303 StGB	SPD	ausländische Ideologie	-
59	11.2022	185 StGB	CDU	nicht zuzuordnen	-
60	11.2022	185 StGB	AfD	nicht zuzuordnen	-
61	11.2022	303 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	nicht zuzuordnen	-
62	12.2022	303 StGB	Bündnis 90/Die Grünen	links	-
63	12.2022	164 StGB	AfD	nicht zuzuordnen	X
64	12.2022	303 StGB	SPD	ausländische Ideologie	-

Kleine Anfrage 20/10854

Anlage 2

Zu Frage 10:

Veranstaltungen des LfV Hessen i.Z.m. Thematisierung Linksextremismus

2015

Monat	Thema	Bedarfsträger
Mai	Linksextremismus	Polizei
Oktober	Linksextremismus	Polizei

2016

Monat	Thema	Bedarfsträger
Juli	Linksextremismus	Zivilgesellschaft
Oktober	Linksextremismus	Polizei
Oktober	Linksextremismus	Polizei

2017

Monat	Thema	Bedarfsträger
April	Linksextremismus	Polizei
November	Linksextremismus	Polizei
Dezember	Linksextremismus	Polizei

2018

Monat	Thema	Bedarfsträger
Februar	Linksextremismus	Parteien
März	Linksextremismus	Polizei
April	Linksextremismus	Polizei
Mai	Linksextremismus	Polizei
Mai	Linksextremismus	Kultus

Monat	Thema	Bedarfsträger
Mai	Linksextremismus	Kultus
Juni	Linksextremismus	Polizei
August	Linksextremismus	Justiz
Oktober	Linksextremismus	Polizei
Oktober	Linksextremismus	Polizei
Dezember	Linksextremismus	Wirtschaft

2019

Monat	Thema	Bedarfsträger
Januar	Linksextremismus	Polizei
Januar	Linksextremismus	Kultus
Januar	Linksextremismus	Kultus
Februar	Linksextremismus	Wirtschaft
April	Linksextremismus	Polizei
April	Linksextremismus	Justiz
Juni	Linksextremismus	Polizei
Juni	Linksextremismus	Polizei
Juni	Linksextremismus	Polizei
Juni	Linksextremismus	Kultus
Juni	Linksextremismus	Polizei
September	Linksextremismus	Polizei
September	Linksextremismus	Polizei
Oktober	Linksextremismus	Polizei
Oktober	Linksextremismus	Wirtschaft
Oktober	Linksextremismus	Sonstige Behörden
November	Linksextremismus	Polizei
Dezember	Linksextremismus	Polizei
Dezember	Linksextremismus	Polizei

2020

Die gelb markierten Veranstaltungen mussten pandemiebedingt abgesagt werden.

Monat	Thema	Bedarfsträger
Januar	Linksextremismus	Kultus
Januar	Linksextremismus	Kultus
Januar	Linksextremismus	Kultus
Januar	Linksextremismus	Polizei
Februar	Linksextremismus	Kultus
Februar	Linksextremismus	Kultus
Februar	Linksextremismus	Kultus
März	Linksextremismus	Polizei
März	Linksextremismus	Polizei
April	Linksextremismus	Justiz
Mai	Linksextremismus	Polizei
Mai	Linksextremismus	Polizei
Mai	Linksextremismus	Polizei
September	Linksextremismus	Sonstige Behörde
September	Linksextremismus	Bundeswehr
September	Linksextremismus	Landesverwaltung
Oktober	Linksextremismus	Sonstige Behörden
Oktober	Linksextremismus	Sonstige Behörden
Oktober	Linksextremismus	Kultus
November	Linksextremismus	Polizei
Dezember	Linksextremismus	Polizei

2021

Die gelb markierten Veranstaltungen mussten pandemiebedingt abgesagt werden.

Monat	Thema	Bedarfsträger
Februar	Linksextremismus	Kultus

Monat	Thema	Bedarfsträger
Mai	Linksextremismus	Landesverwaltung
Mai	Linksextremismus	Kommunen
Mai	Linksextremismus	Sicherheitsbehörden
Juni	Linksextremismus	Polizei
Juni	Linksextremismus	Polizei
Juli	Linksextremismus	Kultus
Juli	Linksextremismus	Kultus
Juli	Linksextremismus	Kultus
September	Linksextremismus	Sonstige Behörden
Oktober	Linksextremismus	Justiz
Oktober	Linksextremismus	Kultus
Oktober	Linksextremismus	Kultus
Oktober	Linksextremismus	Kultus
Oktober	Linksextremismus	Kultus
Oktober	Linksextremismus	Kultus
November	Linksextremismus	Kultus
November	Linksextremismus	Kultus
November	Linksextremismus	Feuerwehr
November	Linksextremismus	Polizei